

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 02 | 13.01.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 3/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für die A 12 Inntalautobahn und die A 13 Brennerautobahn an bestimmten Samstagen im Winter 2023 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (**Winterfahrverbotskalender** 2023)

[BGBl II 4/2023 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** 2022 geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Einreiseverordnung 2022)

[BGBl II 6/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Geflügelpest-Verordnung** 2007 (1. Novelle 2023 der Geflügelpest-Verordnung 2007)

[BGBl II 7/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **RSB-EntschädigungsVO** geändert wird

[BGBl III 1/2023](#)

Vereinbarung zwischen dem **Eidgenössischen Departement für Umwelt**, Verkehr, Energie und Kommunikation und dem Bundesministerium für **Klimaschutz**, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie der Republik Österreich

[BGBl III 2/2023](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend Änderungen der Satzung der **Internationalen Organisation für Migration** und deren Geltungsbereich

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 7 v 10.01.2023, 25](#)

Beschluss (EU) 2023/68 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Inanspruchnahme des **Solidaritätsfonds** der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Deutschland, Belgien, die Niederlande, **Österreich**, Luxemburg, Spanien und Griechenland infolge von **Naturkatastrophen**, die sich im Laufe des Jahres 2021 in diesen Ländern ereignet haben

[ABI L 9 v 11.01.2023, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2023/66 der Kommission vom 21. Oktober 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/821 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liste der **Güter mit doppeltem Verwendungszweck**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

01.12.2022, [G 53/2022](#)

StrafprozessO; Verstoß gegen den **Schutz der persönlichen Freiheit** durch eine Bestimmung der StrafprozessO in Bezug auf Untersuchungshaft; § 173 Abs 6 leg cit lässt Zweifel daran bestehen, ob Einzelprüfung auf Vorliegen eines die Untersuchungshaft rechtfertigenden Haftgrund jedenfalls zu erfolgen hat

06.12.2022, [V 131/2022-7](#)

UniversitätsG; Aufhebung einer VO des Rektorats einer Universität betreffend die **Äquivalenz von Bachelorarbeiten** mangels Zuständigkeit; keine Befugnis des Rektorats durch VO Regelungen über die Abfassung von Bachelorarbeiten oder Übergangsbestimmungen zur Abfassung von Bachelorarbeiten im Hinblick auf eine neue Version des Curriculums zu treffen; Befugnis zur Erlassung und Änderung der Curricula für Studien sowie der Satzung kommt Senat – auf Vorschlag des Rektorats – zu

06.12.2022, [G 264/2022-7](#)

FremdenpolizeiG; Aufhebung einer Bestimmung des FremdenpolizeiG betreffend **Einreiseverbote wegen Mittellosigkeit**; Unsachlichkeit eines Einreiseverbots – geltend für eine neuerliche Einreise – auf Grund der im Zeitpunkt einer Rückkehrentscheidung bestehenden Mittellosigkeit; Sicherstellung des Unterhalts von Drittstaatsangehörigen durch fremden- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen bei erneuter Einreise; Rückkehrentscheidung beendet allfällige finanzielle Belastung der Gebietskörperschaften

06.12.2022, [E 3763/2021 ua](#)

FremdenpolizeiG; **Aufhebung** des Erkenntnisses im Anlassfall

14.12.2022, [G 287-288/2022](#)

DatenschutzG; verfassungswidrige Aufhebung von § 9 Abs 1 DatenschutzG; die prinzipielle Ausnahme von Medien von der Anwendung der Datenschutzbestimmungen des leg cit widerspricht dem **Grundrecht auf Datenschutz**; undifferenzierter Ausschluss von Datenverarbeitungen durch Medienunternehmen, die zu journalistischen Zwecken erfolgen

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

01.12.2022, [Ra 2019/05/0237](#)

Oö BauO; im Hinblick auf bereits erfolgte Verwirklichung des **Enteignungszwecks**, kommt es auf Frage der Angemessenheit des Verwirklichungszeitraums nicht mehr an; dass erst dann von einer Umsetzung des Enteignungszwecks auszugehen sei, wenn ein in § 17 Oö BauO genannter Rechtsakt (Änderung bzw. Aufhebung des Bebauungsplans oder der straßenrechtlichen VO) bereits ergangen sei, lässt sich weder den baurechtlichen Vorschriften noch der dazu ergangenen Rsp des VwGH entnehmen; auch bei Vorliegen eines entsprechenden Widmungsakts ist die Enteignung rückgängig zu machen, wenn die betreffende Fläche dem Enteignungszweck nicht in einem **angemessenen Zeitraum** tatsächlich (in natura) zugeführt wurde

02.12.2022, [Ra 2022/02/0193](#)

VStG; § 44a Z 1 VStG erfordert ua, dass im Spruch des Bescheids gegebenenfalls auch die im Sinne des § 9 Abs 1 leg cit maßgebliche juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft, zu deren Vertretung nach außen der Beschuldigte berufen ist, genannt wird; wird ein Täter als verantwortliches Organ einer juristischen Person bestraft, so erfordert es die Bestimmung des § 44a Z 1 leg cit weiters, dass im Spruch des Straferkenntnisses die Art der Organfunktion, der zufolge der Täter zur Vertretung nach außen berufen ist, eindeutig angeführt wird; dem Rw wird zur Last gelegt, die Tat als „**Verantwortlicher**“ der Firma F GmbH begangen zu haben; angeführte Umschreibung der Tätereigenschaft lässt damit die Merkmale nicht erkennen, aus denen sich die **strafrechtliche Verantwortlichkeit** des Rw iSd § 9 leg cit ergibt; sie entspricht nicht dem **Konkretisierungsgebot** des § 44a Z 1 leg cit

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 30.11.2022, [LVwG-451219](#)

Oö TourismusG; im ggst Fall liegt das verfahrensgegenständliche Objekt (x) in unmittelbarer Nähe zum Hauptwohnsitz der Bf (y) und wurde dieses Objekt zu keinem Zeitpunkt zu **Freizeit Zwecken** genutzt, sodass das verfahrensgegenständliche Objekt (x) lediglich die Funktion einer Erweiterung einer in unmittelbar räumlicher Nähe befindlichen, den Hauptwohnsitz darstellenden Wohnung (y) und nicht die einer Freizeitwohnung aufweist

LVwG Oö 13.12.2022, [LVwG-500712](#)

AbfallwirtschaftsG; **VStG**; der Tatbestand in § 79 Abs 1 Z 7 AbfallwirtschaftsG erfordert nicht, jede einzelne Übergabe oder Übernahme als selbständige Tat zu bestrafen, sondern lässt mit seiner „**pauschalierenden**“ **Tatbildformulierung** auch den Schluss zu, dass für die Annahme einer tatbestandlichen Handlungseinheit mehrere vorsätzlich oder fahrlässig begangene Einzeltaten nur als ein Delikt anzusehen sind; dieses Ergebnis steht im Einklang mit der vom Gesetzgeber vergleichsweise sehr hoch **angesetzten Höchststrafe** für das hier begangene Delikt von 41.200 Euro

LVwG Vbg 30.12.2022, [LVwG-363-6/2022-R11](#)

Vbg TourismusG; **Umsätze aus dem Verkauf von Heizöl** sind der Abgabegruppe 6 (Einzelhandel „Brennstoffe“) und nicht der Abgabegruppe 7 (Einzelhandel „Treibstoffe (Tankstelle)“ oder „Mineralölprodukte“) zuzuordnen

LVwG Wien 18.10.2022, [VGW-152/080/3179/2022](#)

StaatsbürgerschaftsG; der über den Pflichtmilitärdienst hinausgehende vereinbarte **Verbleib im Militärdienst** Israels in einer speziellen Verwendung aus dem Beweggrund den Dienst an der Waffe aus moralischer und pazifistischer Überzeugung zu vermeiden, ist als keine die Freiwilligkeit iSd § 32 StaatsbürgerschaftsG ausschließende **Notlage** iSd Rsp des VwGH anzusehen

LVwG Wien 20.12.2022, [VGW-171/101/15192/2022](#)

Wr DienstO; § 15c Wr DienstO ist nur dann anzuwenden, wenn **zusätzliche Vordienstzeiten** außerhalb Österreichs jedoch innerhalb des EWR geltend gemacht werden; dies führt konsequenter Weise auch dazu, dass keine ursprünglich angerechneten Vordienstzeiten aufgrund mangelnder Berufseinschlägigkeit über eine nicht mehr durchzuführende Neuberechnung gestrichen

werden dürfen; wenn folglich keine weiteren derartigen Zeiten geltend gemacht wurden, dies aber Voraussetzung für die vollständige Anwendbarkeit des § 15c leg cit ist, kann die besoldungsrechtliche Stellung des Beamten nicht mit der Maßgabe neu berechnet werden, dass anstelle der bisher gemäß § 14 Abs 2, 3 und 7 angerechneten Vordienstzeiten, diese gestrichen werden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[12.01.2023, Rs C-883/19 P, HSBC Holdings ua/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Sektor der **Euro-Zinsderivate** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Manipulation der Euribor-Referenzzinssätze im Interbankengeschäft – **Austausch vertraulicher Informationen** – Bezweckte Wettbewerbsbeschränkung – Einstufung – Berücksichtigung wettbewerbsfördernder Auswirkungen – **Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung** – ‚Hybrides Verfahren‘, das zunächst zu einem Vergleichsbeschluss und sodann zu einem am Ende eines ordentlichen Verfahrens ergangenen Beschluss geführt hat – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 41 – Recht auf eine gute Verwaltung – Art 48 – Unschuldsvermutung

[12.01.2023, verb Rs C-702/20 u C-17/21, DOBELES HES](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Nationale Regelung, wonach der öffentliche Betreiber verpflichtet ist, sich bei den **Erzeugern erneuerbarer Energien** zu einem Preis einzudecken, der **über dem Marktpreis** liegt – Unterbliebene Zahlung eines Teils der betreffenden Beihilfe – Ausgleichsforderung dieser Erzeuger bei einer anderen Behörde als der, die die Beihilfe nach der betreffenden nationalen Regelung grundsätzlich zu zahlen hat und deren Haushalt ausschließlich ihre eigene Funktionsfähigkeit gewährleisten soll – Neue Beihilfe – Anmeldepflicht – **De-minimis-Beihilfe** – Verordnung (EU) Nr 1407/2013 – Art 5 Abs 2 – Kumulierung – Berücksichtigung von Beihilfebeträgen, die für den Referenzzeitraum bereits auf der Grundlage der nationalen Regelung bezogen wurden

[12.01.2023, Rs C-42/21 P, Lietuvos geležinkeliai/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – **Schienengüterverkehrsmarkt** – Beschluss, mit dem ein Verstoß gegen Art 102 AEUV festgestellt wird – Zugang dritter Unternehmen zu den vom staatlichen Bahnunternehmen Litauens betriebenen Infrastrukturen – Entfernung eines Gleisabschnitts – **Begriff ‚Missbrauch‘** – Tatsächliche oder wahrscheinliche **Verdrängung eines Wettbewerbers** – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung durch das Gericht – Herabsetzung der Geldbuße

[12.01.2023, Rs C-57/21, RegioJet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – **Vorschriften für Schadensersatzklagen** nach nationalem Recht wegen **Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen** der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union – Richtlinie 2014/104/EU – Art 5 und 6 – Offenlegung von Beweismitteln – Beweismittel in den Akten einer Wettbewerbsbehörde – Bei der Europäischen Kommission anhängiges Verfahren wegen einer Zuwiderhandlung gegen die Wettbewerbsregeln – Nationales Verfahren über eine Schadensersatzklage wegen derselben Zuwiderhandlung – Bedingungen für die **Offenlegung von Beweismitteln**

[12.01.2023, Rs C-132/21, Nemzeti Adatvédelmi és Információszabadság Hatóság](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 77 bis 79 – **Rechtsbehelfe** – Parallele Ausübung – **Zusammenspiel** – Verfahrensautonomie – Effektivität der in dieser Verordnung aufgestellten Schutzregeln – Gleichmäßige und einheitliche Anwendung dieser Regeln in der gesamten Europäischen Union – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[12.01.2023, Rs C-154/21, Österreichische Post \(Informations relatives aux destinataires de données personnelles\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 15 Abs 1 Buchst c – **Auskunftsrecht** der betroffenen Person über ihre Daten – Informationen über die

Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden – **Einschränkungen**

[12.01.2023, Rs C-280/21, *Migracijos departamentas \(Motifs de persécution fondés sur des opinions politiques\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl – Voraussetzungen für die **Anerkennung als Flüchtling** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 10 Abs 1 Buchst e und Abs 2 – Verfolgungsgründe – **Begriffe ‚politische Überzeugung‘** und **‚zugeschriebene politische Überzeugung‘** – Versuche eines Asylbewerbers, sich in seinem Herkunftsland mit rechtlichen Mitteln gegen illegal operierende nicht staatliche Akteure zu wehren, die in der Lage sind, den Repressionsapparat des betreffenden Staates zu instrumentalisieren

[12.01.2023, verb Rs C-323/21 bis 325/21, *Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Délai de transfert – Pluralité de demandes\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines **Antrags auf internationalen Schutz** zuständig ist – Stellung **mehrerer Anträge** auf internationalen Schutz in drei Mitgliedstaaten – Art 29 – Überstellungsfrist – Ablauf – **Übergang der Zuständigkeit** für die Prüfung des Antrags – Art 27 – Rechtsmittel – Umfang der gerichtlichen Kontrolle – Möglichkeit für den Antragsteller, sich auf den Übergang der Zuständigkeit für die Prüfung des Antrags zu berufen

[12.01.2023, Rs C-356/21, *TP \(Monteur audiovisuel pour la télévision publique\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Richtlinie 2000/78/EG – Art 3 Abs 1 Buchst a und c – Bedingungen für den Zugang zu selbständiger Erwerbstätigkeit – Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen – Verbot von **Diskriminierungen** wegen der **sexuellen Ausrichtung** – Auf der Grundlage eines Dienstvertrags arbeitender unabhängiger Auftragnehmer– Beendigung und Nichtverlängerung eines Vertrags – Freie Wahl eines Vertragspartners

[12.01.2023, Rs C-395/21, *DV \(Honoraires d’avocat – Principe du tarif horaire\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – Zwischen einem Rechtsanwalt und einem Verbraucher geschlossener Vertrag über die **Erbringung von Rechtsdienstleistungen** – Art 4 Abs 2 – Beurteilung der Missbräuchlichkeit der Vertragsklauseln – Ausschluss der Klauseln betreffend den Hauptgegenstand des Vertrags – Klausel, nach der sich die **Vergütung des Rechtsanwalts** nach dem **Zeitaufwand** richtet – Art 6 Abs 1 – Befugnisse des nationalen Gerichts bei einer als missbräuchlich angesehenen Klausel

[12.01.2023, Rs C-396/21, *FTI Touristik \(Voyage à forfait aux îles Canaries\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie (EU) 2015/2302 – Art 14 Abs 1 – **Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen** – Erfüllung eines Pauschalreisevertrags – **Haftung** des betreffenden Reiseveranstalters – Maßnahmen zur Bekämpfung der weltweiten Verbreitung einer Infektionskrankheit – **Covid-19-Pandemie** – Einschränkungen, die am Reiseziel und am Wohnort des betreffenden Reisenden sowie in anderen Ländern getroffen werden – Vertragswidrigkeit der im Rahmen der betreffenden Pauschalreise erbrachten Leistungen – Angemessene Minderung des Preises dieser Pauschalreise

[12.01.2023, Rs C-719/21 P, *Jouvin/Kommission*](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Art 101 AEUV – Beschwerde bei der Europäischen Kommission – Beschluss der Kommission über die **Abweisung der Beschwerde** – Nichtigkeitsklage – Frist für die **Einreichung einer Rechtsmittelbeantwortung**

[12.01.2023, Rs C-583/22 PPU, *MV \(Confusion des peines\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2008/675/JI – Art 3 Abs 1 – **Grundsatz der Gleichstellung** in einem anderen Mitgliedstaat ergangener früherer Verurteilungen – Pflicht, diese **Verurteilungen mit gleichwertigen Wirkungen** zu versehen wie im Inland ergangene frühere Verurteilungen – Nationale Vorschriften über die nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe – Mehrere Straftaten – Festlegung einer Gesamtstrafe – **Obergrenze von fünfzehn Jahren** bei zeitigen Freiheitsstrafen – Art 3 Abs 5 – Ausnahme – Straftat, die begangen wurde, bevor die Verurteilungen im anderen Mitgliedstaat erfolgten oder vollstreckt wurden

B. SCHLUSSANTRÄGE

[12.01.2023, Rs C-128/21, Lietuvos notary rūmai ua \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – **Art 101 AEUV** – Begriffe ‚Unternehmen‘ und ‚Beschlüsse von Vereinigungen‘ – **Beschlüsse der Notarkammer**, mit denen die Modalitäten für die Berechnung der Gebühren festgelegt werden – **Bezweckte Beschränkung** – Rechtfertigung – Geldbuße – Unternehmensvereinigung und ihre Mitglieder – Präsidium – Zuwiderhandelnder – Gesamtschuldnerische Haftung

[12.01.2023, verb Rs C-363/21 u C-364/21, Ferrovienord \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 549/2013 – Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union (**ESVG 2010**) – Klassifikation der institutionellen Einheiten im Sektor S.13 (Staat) – Statistische Vorschriften der Union – **Kontrollmechanismen** – Unmittelbare Wirkung – Richtlinie 2011/85/EU – **Nationale haushaltspolitische Rahmen** – Unmittelbare Wirkung – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Gerichtliche Überprüfung durch den Rechnungshof oder durch Verwaltungsgerichte

[12.01.2023, Rs C-510/21, Austrian Airlines \(Premiers soins à bord d'un aéronef\) \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Übereinkommen von Montreal – **Haftung von Luftfahrtunternehmen** für Tod oder Körperverletzung von Reisenden – Ausschließlichkeit des Übereinkommens – Art 29 – Reichweite – Ansprüche wegen Körperverletzung Reisender infolge von ‚Unfällen‘ im Sinne von **Art 17 Abs 1** – Schadenersatzforderung aufgrund einer innerstaatlichen zivilrechtlichen Haftungsregelung wegen einer Körperverletzung, die durch eine **unzureichende medizinische Erstversorgung durch Flugbegleiter** nach einem Unfall verursacht worden sein soll – Hinreichender Kausalzusammenhang zwischen Körperverletzung und Unfall – Ausschließlich Art 17 Abs 1 unterliegender Anspruch – Durch das Übereinkommen präkludierter Anspruch

[12.01.2023, Rs C-513/21 P, DI/EZB \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – **Personal der Europäischen Zentralbank** (EZB) – Beschäftigungsbedingungen – Zuständige Behörde – Übertragung – Disziplinarverfahren – **Kündigung des Arbeitsvertrags** des Rechtsmittelführers – Aufhebungs- und Schadenersatzklage

[12.01.2023, Rs C-598/21, Všeobecná úverová banka \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 38 und 47 – Richtlinie 93/13/EWG – Art 1 Abs 2 – Klausel zur **vorzeitigen Fälligkeit eines Darlehensvertrags** – Auf einer bindenden Rechtsvorschrift beruhende Klausel – Art 3 Abs 1, Art 4 Abs 1 und Art 7 Abs 1 – Sicherung der Forderung durch ein Grundpfandrecht – Hauptwohnsitz des Verbrauchers – **Verwertung des Pfandrechts** durch Versteigerung – Wirksamer gerichtlicher Rechtsbehelf – Unlautere Geschäftspraktiken – Richtlinie 2005/29/EG – **Kette von Kreditverträgen** zur Tilgung einer bestehenden Verbindlichkeit – Richtlinie 2008/48/EG – Verbraucherkredit – Geltungsbereich – Umgehung – Bestimmung des Gesamtbetrags der Verbindlichkeit

[12.01.2023, Rs C-608/21, Politseyski organ pri 02 RU SDVR \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Recht auf Belehrung und Unterrichtung in **Strafverfahren** – Richtlinie 2012/13/EU – **Recht auf Unterrichtung über den Tatvorwurf** – Art 6 Abs 2 – Unterrichtung der verdächtigen oder beschuldigten Person über die Gründe einer Inhaftierungsentscheidung – Frist – Inhalt

[12.01.2023, Rs C-677/21, Fluvius Antwerpen \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EU – Steuerbare Umsätze – Steuerpflichtiger – **Illegaler Verbrauch von Elektrizität** – Abrechnung der illegal konsumierten Elektrizität durch den dafür zuständigen Verteilernetzbetreiber – **Begriff der ‚wirtschaftlichen Tätigkeit‘** – Begriff der ‚sonstigen Einrichtung des öffentlichen Rechts‘ – Unbedeutender Umfang der in Art 13 Abs 1 Unterabs 3 der Mehrwertsteuerrichtlinie genannten Tätigkeiten

[12.01.2023, Rs C-747/21 P, Severstal/Kommission \(GA Emiliou\)](#)

Rechtsmittel – Dumping – Einfuhren bestimmter kaltgewalzter Flachstahlerzeugnisse mit Ursprung in China und Russland – **Endgültiger Antidumpingzoll** – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Verordnung (EU) 2016/1036 – Art 9 Abs 4 – Schadensbeseitigung – Regel des niedrigeren Zolls – **Zielpreisunterbietungsspanne** – Maßgeblicher Zeitraum für die Berechnung des Zielgewinns – Ermessensspielraum – Natur des Antidumpingzolls

C. GERICHT

[11.01.2023, Rs T-346/21, Hecht Pharma/EUIPO - Gufic BioSciences \(Gufic\)](#)

Unionsmarke – Verfallsverfahren – **Unionswortmarke Gufic** – Ernsthafte Benutzung der Marke – Art 58 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EU) 2017/1001 – Öffentliche und nach außen gerichtete Benutzung – **Umfang der Benutzung** – Art und Form der Benutzung – Benutzung für die Waren, für die die Marke eingetragen ist

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag.

Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.